Morgen-Ausgabe Nr. 484 Freitag, 14. Oktober 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgeb. bei tägl. zweimal. Zustellung frei Haus monatl. RM. 3.20; Postbezug RM. 3.20 einschl. 48,86 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Versand. Einzelnr. 10 Rpf.; außerh. Dresdens mit Abendausg. 10 Rpf.; außerh. Sachsens m. Abendausg. 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 7: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Keine Volksabstimmung im Sudetenland

Endgültige Festsetzung der Grenze durch Berlin und Prag

Berlin, 13. Oktober.

Der Internationale Ausschuß für die Regelung der sudetendeutschen Frage trat am 13. Oktober nachmittags zusammen und stellte fest, daß die endgültige Abgrenzung des an Deutschland fallenden sudetendeutschen Gebietes auf der Grundlage der am 5. Oktober vom Ausschuß festgestellten Linie erfolgen kann, und zwar mit den etwaigen Abänderungen, die der Ausschuß nach dem Wortlaut des Artikels 6 des Münchner Abkommens vorschlagen könnte. Unter diesen Umständen hat der Internationale Ausschuß einstimmig beschlossen, daß von Volksabstimmungen abzusehen sei.

Der Internationale Ausschuß nahm Kenntnis von dem zwischen der deutschen und der tschecho-slowakischen Regierung erzielten Einvernehmen darüber, die Arbeiten zur Berichtigung und endgültigen Festsetzung der Grenze auf der Grundlage der vorerwähnten Linie sofort aufzunehmen. Außerdem hat er von der Bildung des in Artikel 7 des Münchner Abkommens vorgesehenen deutsch-tschechisch-slowakischen Ausschusses Kenntnis genommen, der die Ausübung des Optionsrechtes regeln soll.

Schließlich hat der Internationale Ausschuß den Bericht des wirtschaftlichen Unterausschusses entgegengenommen und mit Befriedigung die beachtenswerten Fortschritte vermerkt, die bei der Lösung der schwebenden Fragen bis jetzt erzielt worden sind.

*

Nach den Vereinbarungen zwischen Berlin und Prag wird nun also an Hand einer Besetzungslinie ein deutsch-tschecho-slowakischer Ausschuß zusammentreten, der die Grenzbereinigungen vornimmt und alle noch vorhandenen „Schönheitsfehler" auszugleichen haben wird. Wenn das geschehen ist oder wenn wider Erwarten hier noch Unstimmigkeiten vorkommen sollten, dann wird der Internationale Ausschuß seine Arbeit aufnehmen und die endgültige Linie festsetzen.

Der Internationale Ausschuß hatte bei der Nachprüfung der Besetzungslinie vom 5. Oktober festgestellt, daß diese provisorische Abgrenzung diejenigen Gebiete umfaßt, die als geschlossener deutscher Sprachboden in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Reiche stehen. Es hat sich daraus ergeben, daß diese Linie die Grundlage für eine klare ethnographisch bedingte Grenzziehung darzustellen vermag, daß es also außerhalb dieser Linie keine unmittelbar angeschlossenen zusammenhängenden Landstriche mehr gibt, in denen eine Abstimmung noch als unerläßlich erscheinen könnte. Unabhängig hiervon verbleiben noch einige hunderttausend eingesessene Deutsche in Sprachinseln innerhalb des tschecho-slowakischen Hoheitsgebietes. Sie gehören, durch tschechisch besiedelte Gebiete getrennt, infolgedessen nicht dem geschlossenen deutschen Sprachboden an und können auch nicht durch Abstimmung zu diesem gelangen, ohne daß dabei durch größere Teile tschechischen Sprachbodens hinweggegangen werden kann. Auch liegt es nicht im Sinne der nationalsozialistischen Politik, auf Kosten anderer Chancen, die sich im Augenblick bieten könnten, diese Möglichkeiten für sich in Anspruch zu nehmen. Das Deutschtum in der Tschecho-Slowakei, und zwar in allen seinen Teilen, ist seit vielen Jahrhunderten im Lande ansässig und hat Außerordentliches für die Kultur geleistet. Das deutsche Volk setzt auch seinerseits als selbstverständlich voraus, daß seinen im tschechischen Staatsverband verbleibenden Volksgenossen, mit denen es sich solidarisch erklärt, volle Existenzsicherung zuteil wird. Ihr Schicksal wird daher auch weiterhin dem Reiche ganz besonders am Herzen liegen. Es bleiben Volksgenossen, die zwar räumlich von uns getrennt, aber ideell auch weiterhin uns angehörig sind.

Ungarn bricht die Verhandlungen in Komorn ab

Die Signatarmächte des Münchener Protokolls sollen die Gebietsforderungen regeln

Budapest, 13. Oktober.

Aus Komorn wird gemeldet: Außenminister Kanya gab in der am Donnerstagabend abgehaltenen Konferenz der tschecho-slowakisch-ungarischen Delegation auf Weisung der Regierung folgende Erklärung ab:

Wie bereits wiederholt erklärt, sind wir mit den besten und aufrichtigsten Absichten und mit der sicheren Zuversicht hierher gekommen, daß es binnen kurzer Zeit gelingen wird, eine Abmachung zu treffen, die das Verhältnis zwischen unseren beiden Ländern auf eine sichere Grundlage basiert. Leider ist diese unsere Hoffnung nicht in Erfüllung gegangen. Ich will mich hier nicht von neuem auf gewisse ungünstige Erscheinungen berufen, denn wir haben dies im Laufe der Verhandlungen wiederholt getan.

Ich muß jedoch nachdrücklich hervorheben, daß der auf die neuen Grenzen bezügliche uns heute früh überreichte Gegenvorschlag von unserer Auffassung dergestalt abweicht und hinsichtlich des Grundsatzes der Neuregelung ein solcher Abgrund zwischen den von den beiden Delegationen vertretenen Standpunkten vorhanden ist, daß dessen Ueberbrückung unserer Ueberzeugung nach von diesen Verhandlungen nicht erwartet werden kann. Aus diesem Grunde hat die Königlich Ungarische Regierung beschlossen, diese Verhandlungen ihrerseits als abgeschlossen zu betrachten und die Regelung der der Tschecho-Slowakei gegenüber erhobenen Gebietsforderungen Ungarns von den vier Signatarmächten des Münchner Protokolls zu verlangen.

Die ungarisch-tschechischen Besprechungen in Komorn hatten sich am Donnerstagvormittag erneut sehr erheblich versteift. Die tschechische Abordnung unterbreitete ihre detaillierten Gegenvorschläge und brachte zum erstenmale seit Verhandlungsbeginn das entsprechende Kartenmaterial mit. Während der Verhandlungen hatten die Tschechen die große Schüttinsel samt Somorn und noch einige andere Grenzstreifen angeboten, insgesamt sieben Verwaltungsbezirke mit einer Einwohnerschaft — wie sie von tschechischer Seite angegeben wurde — von rund 480 000 Ungarn, 50 000 Slowaken, 30 000 Karpatho-Ukrainern, 10 000 Deutschen und 50 000 Juden. Die Abtretung acht weiterer strittiger Verwaltungsbezirke wird von den Tschechen abgelehnt.

Erbitterung der Ungarn

Berlin, 13. Oktober.

Wie Budapester Zeitungen aus der Karpatho-Ukraine mitteilen, hatte die dortige ungarische Bevölkerung in ihrer Erbitterung über den tschechischen Terror eine Massensabotage eingeleitet. Eisenbahndämme und -brücken in die Luft gesprengt und hier und da tschechische Bahnwachen angegriffen. Wie es weiter heißt, soll die Bevölkerung in Zetteln in ungarischer Sprache zur Steuerverweigerung und zu Massenkundgebungen auffordern. Bewaffnete Freischärler hielten, so heißt es, auf offener Straße die Züge an und verlangten von den in den Zügen reisenden Militärs ein friedliches Nachhausegehen. In mehreren Gemeinden wollte die Bevölkerung die ungarische Flagge hissen und ungarische Nationalfeiern veranstalten. Tschechische Gendarmen aber hinderten sie hieran. In verschiedenen Orten soll es zahlreiche Verletzte gegeben haben.

Der Führer bei Krupp in Essen

Essen, 13. Oktober.

Der Führer stattete am Donnerstag der Firma Krupp in Essen einen Besuch ab und besichtigte eingehend mehrere Werksanlagen.

Dr. Ley vom rumänischen König empfangen

Bukarest, 13. Oktober.

Reichsorganisationsleiter Dr. Ley wurde am Donnerstagnachmittag im Schloß Sinaia von König Carol in mehr als einstündiger Audienz empfangen. Es ergab sich dabei Gelegenheit zu einer Unterhaltung über Aufbau und Zielsetzung der in Sofia stattfindenden Südost-Wanderausstellung „Freude und Arbeit", die im Frühjahr 1939 auch in Bukarest eröffnet werden wird.

Reichswirtschaftsminister Funk in Sofia

Sofia, 13. Oktober.

Reichswirtschaftsminister Funk machte am Donnerstag Besuche beim Minister für Handel, Nikiforoff, bei dem Finanzminister Guneff und dem Minister für Landwirtschaft, Bankoff. Der Reichsminister führte mit den bulgarischen Staatsmännern längere Gespräche über die beide Länder angehenden Wirtschaftsfragen. Später gab der Finanzminister zu Ehren des deutschen Gastes ein Frühstück in kleinem Kreise.

Genug von Benesch. Die Slowaken verlangen, daß alle in Umlauf befindlichen Postwertzeichen, die an das frühere Regime erinnern, insbesondere jene Marken mit dem Bildnis Beneschs, eingezogen werden. An ihrer Stelle sollen sofort neue Freimarken mit dem Bild des slowakischen Generals Stefanik in Umlauf gesetzt werden.

Ausgeladene Frühstücksgäste

Die Amerikaner und die Europäer sind in China, um ihr Frühstück zu verdienen. Sie verkaufen dort einen Teil ihrer Fabrikate. Japans Interesse an China ist ein Interesse auf Leben und Tod. Es hat eine Bevölkerung, die es nicht aus den eigenen häuslichen Quellen unterhalten kann. Es vermehrt sich um nahezu eine Million Babies im Jahr. Das japanische Volk kann nur dadurch leben, daß es die Rohstoffe verarbeitet, die es von draußen hereinholen muß und dann die Fertigfabrikate auch wieder auf ausländischen Märkten verkauft. Japan muß Industriestaat sein oder untergehen. In China findet es seinen nächsten und größten Markt, während die Mandschurei ihm die Rohstoffe Kohle, Oel, Eisen und Soja liefert . . .

Diese Sätze hat weder ein Japaner noch ein Amerikaner, nein, ausgerechnet ein Engländer, Mr. Hugh Byas, im Jahre 1933 in einem Aufsatz des „Contemporary Japan" geschrieben. Ironie des Schicksals und der besseren Erkenntnis. Wiederum England ist es, das Japan bei seinem Vorgehen in China die größten Schwierigkeiten macht. Und England ist es, das nach seiner ganzen Insellage vor den Küsten Europas als Industriestaat mit der großen Seelpinne Japan vor dem asiatischen Riesenkontinent die ausgeprägteste Aehnlichkeit besitzt. Die Rolle Englands im fernöstlichen Konflikt rückt in ein entscheidendes Stadium. Lange hat die Rücksicht auf die britischen Interessen die japanische Regierung vor dem letzten Schritt, einem Angriff auf Südchina und Kanton, eine endgültige Abschneidung des chinesischen Lebensfadens in Gestalt der Bahnlinie Kaulun—Kanton—Hankau—Peking am Südende, abgehalten. Nun ist es so weit. Der Mann, der im japanischen Regierungslager bisher den stärksten Widerstand gegen den Großangriff auf Südchina leistete, Außenminister Ugaki, der Exponent der japanischen Wirtschaftskreise und Intellektuellen, ist am 29. September zurückgetreten. Ministerpräsident Fürst Konoe hat in seiner Eigenschaft als Außenminister nach der soeben erfolgten Landung von 60 000 japanischen Soldaten in der Bias-Bucht, dicht im Osten der britischen Kronkolonie Hongkong, eine dringende Warnung an die Chinamächte — in erster Linie also natürlich England, aber auch Frankreich, Portugal — gerichtet, sich nicht einzumischen, die Benutzung ausländischen Eigentums als Operationsbasis durch chinesische Truppen unmöglich zu machen. Die Frage: „Kann Japan durchhalten?" — die vor kurzem noch Graf Itizo Goto auf einem internationalen Wirtschaftskongreß in Warschau mit den Worten beantwortete: „Wir werden den Krieg wirtschaftlich durchhalten, selbst wenn wir ihn auf zwei Fronten, d. h. gegen China und die Sowjetunion führen müssen", hat sich durch die neue Kraftprobe sehr eindrucksvoll beantwortet. Japan hat es nach über 15 Monaten Krieg in einem unermeßlich weiten und schwierigen Gebiet auf Fronten von riesiger Länge, gehemmt und getroffen von großen Naturkatastrophen und militärischen Rückschlägen, vermocht, in diesem Augenblick sich zu einem neuen Krafteinsatz aufzuraffen, der zu 2000 Kilometer Front im Norden eine gänzlich neue Front schafft, über 1000 Kilometer weit getrennt von der bestehenden Nordfront, mit gänzlich neuem Einsatz von Marine, Luftwaffe und Landarmee.

Der Augenblick, in dem Japan handelt, ist in jeder Hinsicht glänzend gewählt. Es kommt dazu, daß es auch nicht länger warten kann wie China, das kein Industriestaat ist, und daß es um jeden Preis zu einem raschen Endsieg kommen muß. Im Norden ist Hankau in weitem Bogen von den japanischen Truppen umfaßt. Die Bahnlinie ist 130 Kilometer nördlich Hankaus abgeschnitten. Tschiangkaischek hat fast seine gesamten Streitkräfte, zwei Millionen Soldaten, bei Hankau zusammengefaßt. Japan wird also im Süden nur auf schwächeren Widerstand stoßen. Dazu kommt die Gegensätzlichkeit der Südchinesen zu den Nordstaaten, die den Japanern vielleicht entscheidende Hilfe bringen wird. Schon lange ist der Kantonese durch das Bombardement der japanischen Luftwaffe innerlich „vorbereitet" und zermürbt. Von den Sowjets ist im Augenblick nichts zu erwarten. Die Vorgänge in der Roten Fernostarmee, das Verschwinden Blüchers, die Liquidation der Fernostoffiziere durch Moskau und vor allem auch das Versagen der Sowjettruppen bei dem ersten Einmischungsversuch von Schanku-feng, dazu der Prestigeverlust der UdSSR im Westen nach dem Ausgang der tschecho-slowakischen Krise, legen die Vermutung nahe, daß Stalin keine große Lust zu neuen Unternehmungen verspüren wird. Amerika steht vor den Wahlen. England braucht seine ganze Autorität im Mittelmeerraum

So wuchs Großdeutschland

Auf Seite 4 veröffentlichen wir eine Karte, die das Werden des heutigen Großdeutschland, in das durch die Heimkehr des Sudetenlandes der letzte Baustein eingefügt wurde, veranschaulicht.